

## Die Gnadenfrist



Frauke Fischer  
über das Finanzamt

Bürgerinnen und Bürger in Bremen sind das Warten offenbar gewohnt – ob im Bürger-Service-Center auf Ausweise oder eben auf den Bescheid vom Finanzamt. Einen letzten Platz bescheinigt eine Umfrage unter den Finanzbehörden der Bundesländer Bremen. Allerdings bezieht sich das Ergebnis auf Bearbeitungszeiten von 2013 und 2014. Geradezu ein Glücksfall aus Sicht des hiesigen Finanzressorts. Seitdem soll sich vieles zum Besseren gewendet haben, heißt es von dort. Warum allerdings Bremer Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter so viele Tage mehr für Steuererklärungen brauchen als ihre Kollegen in Baden-Württemberg, Hessen oder Niedersachsen, kann sich weder die Behördensprecherin noch der Bund der Steuerzahler erklären.

Beinahe erstaunt es, dass nicht reflexhaft der Hinweis auf Haushaltsnotlage und Personalknappheit erfolgt ist. Im Gegenteil: Die Sprecherin versichert, das Personal reiche aus, um auf einen Platz im Mittelfeld vorzurücken. Damit hat sich Bremen zumindest eine Gnadenfrist erkauft. Erst Anfang 2016 kann überprüft werden, ob die Anstrengungen gereicht haben. Einen Spitzenplatz strebt Bremen offenbar gar nicht erst an. Bericht Seite 7  
frauke.fischer@weser-kurier.de

## Ein Anfang



Kira Pieper  
über Langzeitarbeitslosigkeit

Bremen kämpft gegen eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Dieses Problem ist nicht neu. Stetig steigen die Zahlen, und ein Patentrezept dagegen gibt es nicht. Es kann auch keines geben, denn die Langzeitarbeitslosigkeit ist so differenziert, wie die Bevölkerung eben ist. Da hat es einen Sinn, unterschiedlichen Individuen auch unterschiedliche Programme anzubieten – selbst wenn es auf den ersten Blick so aussieht, als würden mit einzelnen Initiativen wie Jugendberufsagentur und Förderzentren nur kleinen Gruppen von Betroffenen geholfen. Doch ein 48-jähriger Ingenieur, der im fünften Jahr erwerbslos ist, braucht ein anderes Programm, als ein ehemals drogenabhängiger 21-Jähriger, der sich nach seinem Entzug erst einmal wieder an einen normalen Tagesablauf gewöhnen muss. Leider ist viel Zeit verstrichen, ehe die Politik die Brisanz der Langzeitarbeitslosigkeit überhaupt begriffen hat. Und deswegen gibt auch erst jetzt den ersten Lösungsansatz. In puncto Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt hat der Senat nun die Chance seine Fehler aus der Vergangenheit auszuwaschen. Nun heißt es: Schnell reagieren und Lösungen finden. Bericht Seite 15  
kira.pieper@weser-kurier.de



Kostas Koufogiorgos

## Zwischen Legende und Wahrheit



Peter Mlodoč  
über den Celler IS-Prozess

Vom Schulabbrecher, Dauerkämpfer und Zocker zum Terrorkämpfer beim „Islamischen Staat“ (IS)? Fast zwei Stunden lang schildert der gebürtige Wolfsburger Ayoub B. über eine von seinem Verteidiger Dirk Schoeniger verlesene Erklärung vor dem Oberlandesgericht (OLG) Celle wie er über die Türkei nach Syrien gereist sei, um dort nach Drogenentzug, Job-Problemen und Spielhallenbesuchen in einer Islam-Schule zu sich selbst zu finden. Wie er stattdessen – angeblich nur widerwillig und zum Schein – dort im Sommer 2014 zwei Ausbildungslager absolviert habe. Wie er von den IS-Leuten permanent kontrolliert und drangsalieren worden sei. Wie er sich beim Transport von verkohlten Leichen und schreienden Verletzten mehrfach habe übergeben müssen. Wie er nach zweieinhalb Monaten voller Todesängsten seine misstrauisch gewordenen IS-Bewacher überlistet habe und abgehauen sei. Wie er „in Aladin-Hose und Gummilatschen“ notdürftig rasiert durch den Irak über die Türkei zurück nach Deutschland geflohen sei. Zuriech hier der Polizei anvertraut habe und dennoch völlig überraschend in Untersuchungshaft genommen worden sei.

Es sind irritierende 53 Seiten, die da der Anwalt vorträgt – nicht im gestelzten Juristendeutsch, sondern in Alltagssprache für Jedermann. Es ist eine irritierende Szenerie, wenn der 27-jährige Angeklagte hinter dem Panzerglas unruhig hin und her rückt und mal verlegen, mal verschlagen vor sich hin grinst. Nur zu gern würde man dem schmächtigen jungen Mann seine Schlussätze glauben.

„Ich will mit dem IS nichts zu tun haben, ich bin weder Dschihadist noch Salafist. Am liebsten hätte ich einfach die Zeit vergessen gemacht“, sagt er da. Jeder, der dem menschenverachtenden Terror des IS öffentlich abschwört, verdient Anerkennung und Respekt. Und natürlich auch ein Entgegenkommen des Staates bei der Strafzumessung.

Aber sitzt da im Hochsicherheitssaal des OLG wirklich der reuige Sünder, vielleicht auch nur der mäßig schlaue Versager, der irgendwie in die Fänge der islamistischen Terrororganisation geraten ist? Die Bundesanwaltschaft sieht bei Ayoub B., wie auch bei seinem 26-jährigen Mitangeklagten Ebrahim H., der sich bereits in einem Fernseh-

interview des NDR vom IS distanziert hat, erhebliche Zweifel. Verdenken kann man ihr diese nicht – angesichts diverser Beweise und Indizien, aber auch wegen des Verhaltens gerade von Ayoub B. vor seiner Ausreise und insbesondere nach seiner Rückkehr. „Ob die Angeklagten die Wahrheit sagen und sie sich tatsächlich vom IS losgesagt haben, muss die Beweisaufnahme zeigen“, meint die Vertreterin der Karlsruher Ermittlungsbehörde, Claudia Gorf, völlig zu Recht.

Man mag Ayoub B., der aus einer gebildeten Mittelschichtfamilie stammt, sein eher beiläufiges Hineingeraten in den IS nicht so recht abnehmen. Eine Reise nach Syrien, um eine Islam-Schule zu besuchen, damit man innere Einkehr

findet? Nicht wissen, dass man in einem Ausbildungscamp für Selbstmordattentäter und Geiselnahmer landet? Die Version des Angeklagten nötigt dem neutralen Zuschauer recht viel gutmütige Fantasie ab. Das macht es fraglich, ob der Prozess gegen sie neue Anhaltspunkte für künftige Präventionsstrategien gegen potenzielle Gotteskrieger geben kann. Mit einer Illusion dürften die drastischen Schilderungen der Angeklagten allerdings gründlich aufräumen: dass nämlich das Kämpfen für den IS eine ruhmreiche Tätigkeit ist. In den Camps des IS herrschen Gehirnwäsche, Grausamkeit, Unterdrückung, Mobbing, Todesangst und totale Kontrolle. Ayoub B. und Ebrahim H. kommt das Verdienst zugute, dass sie sich trotz der gegen sie gerichteten Drohung des „Abschlachtens“ wegen Verrats zu ihren Aussagen durchgerungen haben. Das kann und wird hoffentlich den einen oder anderen Möchtegern-Dschihadisten von seiner verhängnisvollen Reise in den Nahen Osten abhalten. Bericht Seite 1  
hannover@weser-kurier.de

IN EIGENER SACHE  
Das Digitale stärken



Alexandra-Katharina Küttemeyer, Social-Media-Chefin beim „stern“, wechselt zum WESER-KURIER. Die 36-Jährige wird am 15. September 2015 als Geschäftsführende Redakteurin das Führungsteam der Bremer Redaktion verstärken. „Frau Küttemeyer ist eine profilierte Online-Journalistin. Gemeinsam mit ihr wollen wir journalistisch vorankommen und die Trennung zwischen alten und neuen Medien endgültig überwinden“, sagte Chefredakteur Moritz Döbler.

Die Journalistin ist seit 2012 für den „stern“ in Hamburg tätig und hat sich auch als Dozentin einen Namen gemacht. Sie hat in Bremen Journalistik studiert, bei der Frauenzeitschrift „Petra“ volontiert und unter anderem für die „Frankfurter Rundschau“ gearbeitet. „Der WESER-KURIER kann seine regionale Kompetenz mit den Möglichkeiten des Digitalen noch weiter stärken – das reizt mich“, sagte Küttemeyer.

Der WESER-KURIER ist die reichweitenstärkste Tageszeitung im Nordwesten und kommt insgesamt auf eine verbreitete Auflage von gut 161.000 Exemplaren. Das Online-Portal weser-kurier.de verzeichnete im Juli 9,44 Millionen Seitenaufrufe.



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER KURIER

BREMERS ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH

Bremer Nachrichten

WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE unabhängig und überparteilich

Verdener Nachrichten

TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN unabhängig und überparteilich

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinststraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefreporter Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner · Bremen: Arno Schupp · Kultur: Iris Hetscher · Wirtschaft: Moritz Döbler

Sport: Marc Hagedorn · Regionalleitung: Peter Voith

Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube

Layout: Stephan Meinke · Redaktionelle Projekte: Stefan Dammann · Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)

Büro Hannover: Peter Mlodoč

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 31,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Michael Sulenski, Leiter Vermarktung

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 69.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service: Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de

abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr): Telefon: 0800 / 36 71 22 2

\*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion: Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 32 83 27

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 04 21 / 36 71 66 55

Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)

Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

anzeigen@bremer-nachrichten.de

Norbert Allnoch  
über Rückstellungen der AKW-Betreiber

Rund 38 Milliarden Euro haben die Stromversorger für den Abriss der Atomkraftwerke (AKW) als Rückstellungen in ihre Bilanzen eingestellt. Das hört sich nach sehr viel Geld an. Wer aber glaubt, das sei von den vier Atomkonzernen RWE, Eon, EnBW und Vattenfall bereits zurückgelegtes Geld, der irt gewaltig. Die Begriffe in der Bilanzsprache sind tückisch.

Die Höhe der Rückstellungen in den Bilanzen sagt nur etwas über die zu erwartenden finanziellen Verpflichtungen für den AKW-Rückbau aus, die in der Zukunft aber noch zu bezahlen sind. Im Klartext: Rückstellungen sind bereits vorsorglich

und vorab gebuchte Schulden. Eine Rückstellung ist dadurch gekennzeichnet, dass die absolute Höhe und der Zahlungstermin dieser finanziellen Verpflichtung noch nicht genau bekannt sind. Das ist eine Art Merkposten für zukünftig noch zu tätige Zahlungen, mehr nicht. Dafür haben die Stromversorger allerdings vorab schon Gewinnsteuern gespart, sonst ist bisher nichts passiert.

Die Nagelprobe kommt, wenn der AKW-Rückbau erfolgt, die Endlagerung für den radioaktiv strahlenden Atommüll real wird und die daraus entstehenden Verpflichtungen später und dann über viele Jahre tatsächlich in Cash bezahlt werden müssen. Das Geld für die Rückstellungen müssen die Stromversorger und früheren AKW-Betreiber also dann erst noch erwirtschaften. Da hilft es wenig, wenn der Versorger Kapital in Beteiligungen und Kraftwerken gebunden haben, denn eine notwendige Li-

quidierung würde ihnen dann die Geschäftsgrundlage weitgehend entziehen.

Was also kann die Politik tun, damit die Kosten für den AKW-Abriss nicht am Ende beim Steuerzahler hängen bleiben oder die AKW-Betreiberkonzerne mit der Pleite drohen? Die Bundesregierung ist wohl gut beraten, wenn sie zur Risikominimierung frühzeitig die Voraussetzungen zur Installation eines vor Insolvenz geschützten internen Fonds bei den Stromversorgern zur Abdeckung der AKW-Abrisskosten schafft, in den auch tatsächlich eingezahlt wird. Sei es, dass von den AKW-Betreibern Geld direkt oder über die Brennelemente-Steuer in den Fonds fließt – zumindest solange mit der Kernkraft noch Geld verdient wird.

In einem zweiten, externen, Fonds sollten zudem Finanzmittel zur Abdeckung der Kosten für die Atommüll-Endlagerung fließen. Nur so kann das Risiko für den

Steuerzahler gesenkt werden. Denn wenn in einigen Jahren die AKW-Abriss- und die Ewigkeitskosten für die Endlagerung des Atommülls über viele Jahrzehnte entstehen und von der nächsten Generation bezahlt werden, sind die erzielten Gewinne aus der Kernenergienutzung der jetzt lebenden Generation längst Geschichte.



Gastautor  
Dr. Norbert Allnoch (56) leitet das Internationale Regenerative Energieforum seit der Gründung 1996. Themenschwerpunkte sind regenerative Energiewirtschaft und internationaler Klimaschutz.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## Regierung muss Fonds zur Abdeckung der Kosten schaffen